

„Die Zeit nach der Krise vorbereiten“

Damit sich die Wirtschaft nachhaltig erholt, müssen jetzt die Weichen gestellt werden, so Handelskammerpräsident Luc Frieden

Interview: Nadia Di Pillo und Marco Meng

Seit einem Jahr beherrscht die Corona-Pandemie das Wirtschaftsleben. Wie hat Luxemburg bislang die Krise überstanden und vor allem: Wie kommt das Land wieder aus dem Krisenmodus heraus? Luc Frieden, Präsident der Handelskammer, spricht sich im Gespräch mit dem „Luxemburger Wort“ klar gegen Steuererhöhungen aus – sie wären kontraproduktiv.

EIN JAHR CORONA

Luc Frieden, sind Sie zufrieden mit der Arbeit von Wirtschafts- und Finanzminister zur Stützung der Wirtschaft? Oder hätten Sie sich mehr gewünscht?

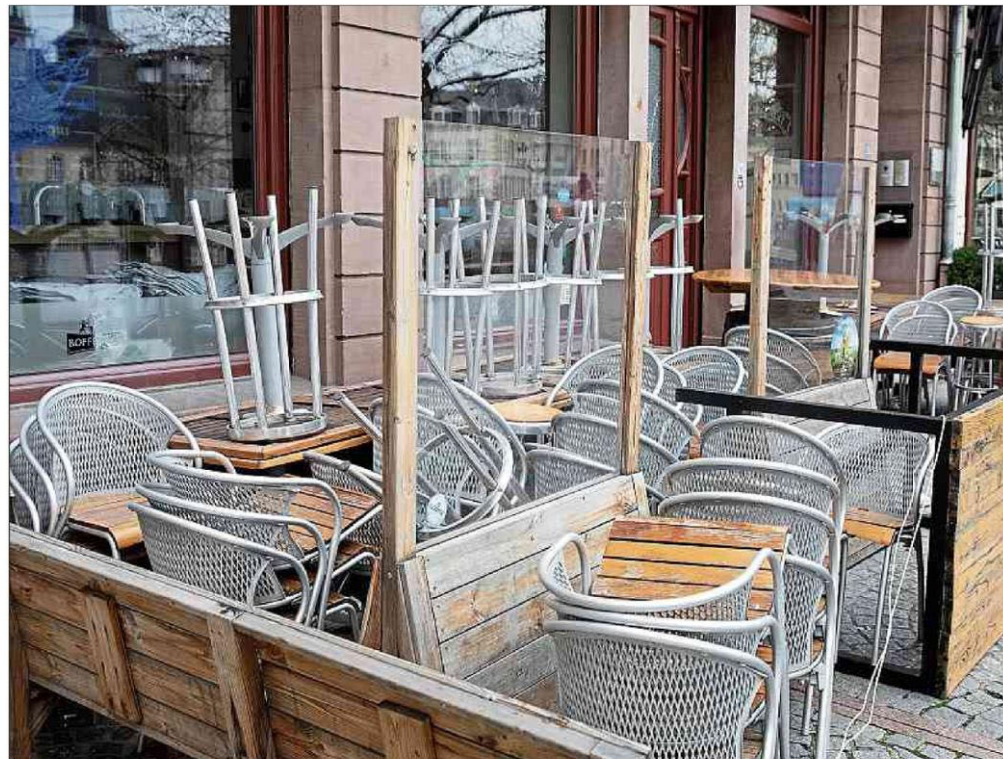
Kurzfristig hat die Regierung getan, was zu tun war und mit einer ganzen Reihe von Beihilfen die Wirtschaft gestützt, vor allem die Sektoren, die durch Gesetz geschlossen worden sind. Ich denke jedoch, dass es jetzt wichtig ist – und da ist noch nicht genug getan worden – die Zukunft vorzubereiten, denn auch diese Krise geht irgendwann zu Ende. Dann muss der Schaden, den der Lockdown verursacht hat, behoben und die Wirtschaft fit gemacht werden. Da mache ich mir für Europa und Luxemburg Sorgen, dass da zu wenig getan wird.

Was sollte denn von der Regierung getan werden?

Das ist nicht nur eine Aufgabe der Regierung, sondern aller, die sich mit Wirtschaft- und Sozialfragen beschäftigen. Wichtig ist zu versuchen, die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern. Wenn die Wirtschaft so stark eingebrochen ist, muss man versuchen, Wachstum zu schaffen. Und Wachstum schafft man nicht, indem man einfach Geld austeielt, sondern indem man Unternehmen bei Investitionen und der Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützt. Wir müssen erstens gegenüber dem Ausland konkurrenzfähiger werden. Zweitens müssen wir – nicht nur einmal, sondern ständig – administrative Prozeduren vereinfachen. Und drittens müssen wir die Steuerpolitik gezielt einsetzen, damit wir ein attraktives Umfeld haben, vor allem um Investitionen in die Digitalisierung und den ökologischen Wandel steuerlich zu unterstützen.

Der Lockdown wurde verlängert, ein Hilfspaket für die Unternehmen folgt auf das nächste. Wie lange können wir uns das noch leisten?

Kurzfristig können wir uns das leisten, aber ich mache mir große Sorgen über das Staatsdefizit und die Staatsverschuldung, sowohl in Luxemburg wie in Europa. Wir werden 2020-2021 die höchsten Defizite und Staatsverschuldung seit dem Zweiten Weltkrieg haben. Deshalb gilt es, so schnell wie



Manche Branchen wurden in der Pandemie komplett ausgebrannt: Jetzt muss der Staat den Aufschwung fördern und Investitionen, vor allem in Digitalisierung, fördern, sagt Handelskammerpräsident Luc Frieden.

Foto: Chris Karaba



möglich aus dieser Situation herauszukommen, und zwar durch die angesprochene gezielte Wachstumsförderung, um damit neue Einnahmen zu erreichen. Die Lösung kann nicht sein, Steuern zu erhöhen. Die Lösung muss sein, Ausgaben zu überprüfen, kombiniert sogar in einigen Fällen mit Steuerreduzierungen, damit wirtschaftliche Aktivität entsteht. Das ist eine sehr schwierige Aufgabe. Etwas Ähnliches haben wir nach der Finanzkrise geschafft, allerdings ist die Situation der Staatsfinanzen heute schlechter als damals

● Wir müssen
● Konsum und
Investitionen
fördern.

in der Periode von 2008 bis 2012. Kurzfristig sind also die Staatshilfen notwendig und bezahlbar, längerfristig wird es zum Problem. Auch generell in Europa ist besorgniserregend, dass die Gesamtstaatschuld auf etwa hundert Prozent des BIP angewachsen ist, was nicht tragfähig ist.

Muss man nicht befürchten, dass es zu Steuererhöhungen kommt?

Ich glaube, dass man Steuern immer im Vergleich zu anderen Wirtschaftsräumen sehen muss. Um die Wirtschaft nach der Krise anzukurbeln, müssen wir Konsum und Investitionen fördern. Höhere Steuern aber bremsen Investitionen und Konsum. Steuererhöhungen wären somit negativ für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Steuererhöhungen können also keine Lösung sein.

Andere Länder wie etwa Italien und Frankreich waren bereits vor Corona hoch verschuldet und verschulden sich nun weiter. Droht eine neue Eurokrise?

Wenn die Finanzmärkte das Gefühl haben, dass Schulden nicht zurückgezahlt werden, kann es so weit kommen. Ich bin darum auch gegen einen Schuldenerlass, wie einige ihn fordern. Das schafft kein Vertrauen. Es ist deshalb geboten, sich ab dem Sommer intensiv mit der Reduzierung des Staatsdefizits und der Staatsver-

schuldung in Europa zu beschäftigen. Die Außerkräftsetzung der Maastricht-Stabilitätskriterien, die in der Krise nachvollziehbar ist, darf nicht zum Dauerzustand werden. Kurzfristige Hilfen sind notwendig, aber es darf nicht zu einer permanenten Verstaatlichung der Wirtschaft kommen. Das ist nicht finanzierbar.

Zurück zu Luxemburg: Was kann noch getan werden, um eine Pleitewelle abzuwehren oder zumindest abzuschwächen?

Die kurzfristigen Staatshilfen, verbunden mit den Hilfen der luxemburgischen Banken wie Rückzahlungsmoratorien haben viele Pleiten verhindert. Auf längere Sicht kann das aber nur gelingen, wenn die Rahmenbedingungen verbessert werden. Auch das wird nicht alle Insolvenzen verhindern. Nicht alle Sektoren sind gleichermaßen von der Krise betroffen, darum muss man sich vor allem um die Sektoren kümmern, die besonders hart getroffen wurden wie zum Beispiel den Horeca-Sektor und die Veranstaltungsbranche. Man muss also selektiv vorgehen.

Sind Sie zufrieden mit dem bisherigen Impfverlauf? Erhoffen Sie sich ab Sommer ein Ende der Restriktionen und eine Neubelebung der Wirtschaft?

Die Impfkampagne in Europa ist nicht zufriedenstellend. In

einem hoch entwickelten Gesundheitssystem hätte man sich erwarten können, dass schneller produziert und verteilt würde. Es muss alles getan werden, damit die Impfkampagne schneller wird. Es ist der Schlüssel, um aus der Krise herauszukommen, und Europa wie Luxemburg müssen sich überlegen, ob sie nicht zusätzliche Impfstoffe in anderen Staaten kaufen, um die Impfungen zu beschleunigen.

Gibt es einen Plan, wie Unternehmen in den Impfprozess einbezogen werden können?

Nein, aber wir würden es sehr begrüßen, wenn sich die Zahl der, die die Impfung vornehmen können, vergrößert würde. Die größeren Unternehmen hierzulande sind bereit, sich aktiv an der Impfkampagne zu beteiligen damit es schneller geht.

Die Pandemie zeigte, wie abhängig Europa von China ist. Wird sich in der Wirtschaftsbeziehung zu China etwas ändern? Wird Europa selbstständiger werden und vielleicht Industrien, die man abschaffe oder auslagerte, wieder aufbauen?

Das mag in einigen Bereichen, wie etwa bei Medikamenten, der Fall sein. Grundsätzlich aber glaube ich nicht, dass sich das fundamental ändern wird, weil wir in einer globalen Wirtschaft leben. Die globale Wirtschaft ist ein

Außergewöhnliche Zeiten

Ein Blick auf noch die dagewesene Daten, Zahlen und Fakten aus der Wirtschaft

Fakt, den man positiv sehen muss. Das gilt übrigens auch, um aus der Krise herauszukommen. Ich stelle fest, dass in den Jahren 2020 bis 2022 die chinesische Wirtschaft um 16 Prozent wachsen wird, die amerikanische Wirtschaft um drei Prozent und die Eurozone um null Prozent. Deshalb glaube ich, dass wir gut daran täten, auch unsere Unternehmen zu ermutigen, dort wo es möglich ist, nach China und nach Amerika zu exportieren und zu investieren, um sich somit auch am Wachstum dort zu beteiligen. Die Handelskammer hat eine Strategie entwickelt, um den Unternehmen zu helfen, auch neues Wachstum im internationalen Markt zu suchen. Dazu gehören China und Amerika. Hier sollten wir unsere Unternehmen, vor allem aus Industrie und Finanzdienstleistungen, noch internationaler als bisher gestalten. Der Staat sollte dies durch Doppelbesteuerungs- und Handelsabkommen unterstützen.

Welche Lehren ziehen Sie aus dieser Corona-Krise?

Erstens, dass man verstärkt in die Digitalisierung investieren muss, sowohl in den Unternehmen wie auch beim Staat. Wir haben gemerkt, dass dieser Zukunftstrend, der vor der Krise begonnen hat, durch die Corona-

Wichtig ist, die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Krise verstärkt wurde, zum Beispiel beim Handel, bei den Banken und bei der Kommunikation. Bei Unternehmen sollte der Staat diese Investitionen auch steuerlich fördern. Zweitens: Nur die Staaten, die gesunde Staatsfinanzen vor der Krise hatten, konnten kurzfristig eingreifen und werden nach der Krise auch besser da stehen. Drittens, jede Krise wird einmal zu Ende gehen, sie dauert aber mehrere Jahre. Die Stahlkrise dauerte fast zehn Jahre, die Finanzkrise fünf Jahre und diese Krise wird drei bis vier Jahre dauern, wirtschaftlich gesehen. Deshalb schlage ich vor, dass sich die Handelskammer und die Handwerkskammer mit der Regierung an einen Tisch setzen, um eine Aktionsliste von etwa sechs Punkten auszuarbeiten, die kurzfristig umgesetzt werden können, damit Luxemburg auch nach der Krise ein attraktives wirtschaftliches Umfeld hat, und damit wir wirtschaftlich besser als unsere Nachbarn auch nach der Krise dastehen. Ein kleiner offener Wirtschaftsraum steht schnell unter Druck, wenn es international schlecht geht, er hat aber auch die Möglichkeit, schneller aus der Krise herauszukommen, wenn flexibel und agil gehandelt wird. Daher können wir uns nicht mit den staatlichen Beihilfen zufriedengeben, sondern müssen uns, ab heute, intensiv um unsere mittel- und langfristige Konkurrenzfähigkeit kümmern.

Von Nadia Di Pillo und Marco Meng

Eine noch die nie dagewesene Krise, eine historisch beispiellose Dimension in vielerlei Hinsicht: Die globale Corona-Pandemie – mehr als 2,4 Millionen Personen sind bisher nach einer Infektion mit Sars-CoV-2 gestorben, mehr als 112 Millionen Menschen sind positiv getestet worden – hat die am stärksten betroffenen Länder zu drastischen Maßnahmen gezwungen. Um der Wirtschaft durch die Krise zu helfen hat auch die luxemburgische Regierung vor einem Jahr ein ganzes Arsenal finanzieller Unterstützungsmaßnahmen ergriffen; es hieß, sie werde „alles Menschenmögliche tun, um Arbeitsplätze zu retten“, unter dem Motto „koste es, was es wolle“.

46 780 Menschen

„Was auch immer es kosten mag“ – das stellt die luxemburgische Wirtschaft vor nie dagewesene Herausforderungen und Zahlen. So werden etwa fast 47 000 Menschen – in erster Linie pandemiebedingt – im März in Luxemburg in Kurzarbeit sein. Das stellt einen neuen Rekord dar, im Januar waren es noch 34 117 Personen. 4 450 Betriebe haben einen Antrag gestellt – für den Monat Februar waren es 4 493. Das Konjunkturkomitee hatte am Dienstag 4 362 Anfragen davon bewilligt. Um den Unternehmen weiter unter die Arme greifen zu können, wurde beschlossen, die laufende Regelung bis zum 30. Juni zu verlängern.

300 Millionen Euro

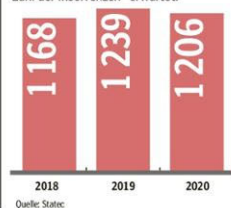
Bislang sind laut Mittelstandsminister Lex Delles mehr als 300 Millionen Euro an Beihilfen ausbezahlt worden. Mehr als 42 Millionen Euro wurden etwa vom Mittelstands- und Wirtschaftsministerium an Betriebe für die „Aide pour investissements durables“ ausgegeben (Stand: 13. Januar 2021). Mehr als 31 Millionen Euro wurden im Rahmen der ersten Pauschalentschädigung für Kleinst- und Kleinunternehmen von 5 000 Euro ausbezahlt. Die rückzahlbare Vorschüsse belaufen sich auf 136 Millionen Euro und die staatliche Bürgerschaftsregelung auf 174,7 Millionen Euro.

12-mal mehr

In den Monaten März und April 2020, also im ersten Lockdown,

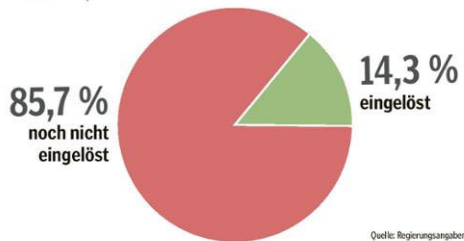
Damoklesschwert Insolvenz

Ein signifikanter Anstieg der Zahl der Insolvenzen war 2020 noch nicht zu verzeichnen, auch wenn in Anbetracht der besonderen Situation in Bezug auf Covid-19 das Statistikamt Statec in den kommenden Monaten „einen Anstieg der Zahl der Insolvenzen“ erwartet.



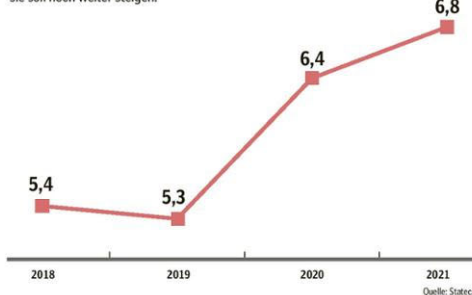
Angeschlagener Sektor

Bisher wurden 104 401 Übernachtungsgutscheine zu 50 Euro in 264 Übernachtungsstrukturen eingelöst. Die Gutscheine gelten bis 18. April 2021. 5,2 Millionen Euro haben folglich Hotels und Campingplätze damit eingenommen. Die Regierung hatte letzten Sommer an insgesamt 730 000 Personen solche Gutscheine verschickt im Gesamtvolumen von 36,5 Millionen Euro.



Mehr Arbeitslose

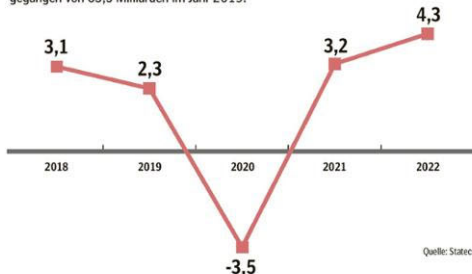
2020 stieg die Arbeitslosenquote auf etwa 6,4 Prozent von 5,3 Prozent im Jahr 2019; sie soll noch weiter steigen.



2020: Luxemburg in der Rezession

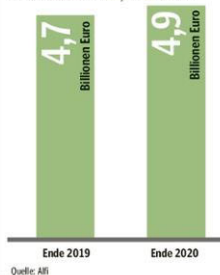
Angaben: Veränderung des realen BIP in Prozent zum Vorjahr

Luxemburgs Wirtschaftsleistung (BIP) ist 2020 auf rund 61 Milliarden Euro zurückgegangen von 63,5 Milliarden im Jahr 2019.



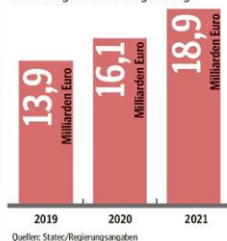
Wachsendes Fondsvermögen

Das Vermögen, das Luxemburger Fonds verwalten, nahm im vergangenen Jahr trotz Pandemie um 5,4 Prozent zu.



Höhere Verschuldung

Weggebrochene Steuereinnahmen und höhere Ausgaben lassen die Verschuldungsquote ansteigen; die Verschuldung ist im Hinblick auf Luxemburgs Kredit-Rating wichtig.



waren 135 000 Personen in Kurzarbeit, etwa 30 Prozent aller Beschäftigten des Landes – eine noch die dagewesene Situation. Der Anteil ist laut Statec viel höher als während der Finanzkrise von 2009 – „bis zu 12-mal mehr, wenn man den Höchststand im April 2020 mit dem im Juni 2019 vergleicht“. Im Juni 2009 seien „nur“ 3,4 Prozent der Arbeitnehmer betroffen gewesen. „Berücksichtigt man die Angestellten, die die Maßnahme am Ende tatsächlich in Anspruch genommen haben, so verringert sich die Quote auf 1,7 Prozent“, stellt der Statec fest.

Zwischen -0,5 und plus vier Prozent

Die zweite Welle des Corona-Erhus hat der wirtschaftlichen Erholung, die sich im dritten Quartal 2020 abzeichnete, einen Dämpfer versetzt. Die Statistikbehörde geht davon aus, dass Luxemburgs Wirtschaftseinbruch 2020 minus 3,5 bis 4,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr beträgt. Große Unsicherheit herrscht darüber, wie das laufende Jahr sein wird. Bei einer negativen Pandemieentwicklung rechnen die Ökonomen von Statec für 2021 mit einem Minus von 0,5 Prozent bei der Wirtschaftsleistung. Wird die Pandemie stark abflachen, zum Beispiel wegen der Impfstoffe, könnte die Wirtschaft sogar um vier Prozent wachsen.

Minus sechs bis acht Prozent

Der Statec geht für 2020 von einem Konsumrückgang zwischen sechs und acht Prozent gegenüber dem Vorjahr aus. Die verschiedenen Konsumbereiche sind in sehr unterschiedlicher Weise von den Folgen der Pandemie betroffen. Einige Ausgaben, wie die für Miete und Versicherung, wurden kaum von der Corona-Krise beeinträchtigt. Die Ausgaben für Lebensmittel im Einzelhandel sind sogar um drei Prozent gestiegen. Die Ausgaben für langlebige Güter wie Möbel, Haushaltsgeräte oder Autos wurden im Lockdown mäßig bis stark beeinträchtigt, stiegen danach aber wieder.

Mehr als 300 Millionen Euro an Beihilfen wurden ausbezahlt.

Weniger Auto-Neuzulassungen

2019 gab es mehr als 55 000 Neuzulassungen von Personautos, 2020 waren es 18 Prozent weniger und damit gleichzeitig die niedrigste Zahl an Autozulassungen seit 18 Jahren.

